

547/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 03.03.2005

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Lackner

und GenossInnen

betreffend **Verbesserung der regionalen Vernetzung der Gesundheits- und Sozialdienste**

Analysen haben ergeben, dass die Betreuung der PatientInnen an den Schnittstellen des Gesundheits- und Sozialwesens (medizinische Behandlung, soziale Dienste) sowohl organisatorisch als auch ökonomisch in vielen Fällen nicht optimal abläuft.

Vor diesem Hintergrund ist auch die regionale Vernetzung von Gesundheits- und Sozialdiensten zur Sicherstellung einer kontinuierlichen Betreuungskette (Entlassungsmanagement, Fallmanagement, etc.) zu verstärken.

Der medizinischen und pflegerischen Betreuung vorgelagert ist eine bessere Integration von präventivmedizinischen Aktivitäten. Dazu sind Aufklärung, Informationen, Dezentralisierung und Patientennähe notwendig.

Soziale und räumliche Hemmschwellen für die Inanspruchnahme von Gesundheitsdiensten müssen abgebaut werden. Es geht darum eine dezentralisierte, wohnbereichsnahe Gesundheitsversorgung aufzubauen.

Die vordringlichsten Aufgaben sind:

1. Integration der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen in ein Koordinierungssystem
2. Neuorganisation der extramuralen Versorgung
3. Prävention
4. Effizienzkontrolle.

Alle auf regionaler Ebene bereits vorhandenen Leistungsangebote auf dem Sozial- und Gesundheitssektor müssen „verschränkt“ werden.

Die extramularen Versorgung im Gesundheitsbereich wird an Bedeutung gewinnen. Das Leistungsangebot ist an die sich ändernden gesellschaftlichen Strukturen und an die geänderten Bedürfnissen der Menschen anzupassen.

Maßnahmen der Prävention und Rehabilitation vor allem im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung müssen im Rahmen einer umfassenden Integration forciert werden.

In organisatorischer Hinsicht sind flächendeckende Gesundheitssprengel zu schaffen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachfolgenden

Entschließungsantrag:

„Die Bundesministerin für Frauen und Gesundheit wird aufgefordert, umgehend mit den Sozial- und Gesundheitsreferenten der Bundesländer und den zuständigen Krankenversicherungsträgern mit dem Ziel Kontakt aufzunehmen, dass die vielfältigen Betreuungsprobleme an den Schnittstellen unseres Gesundheits- und Sozialwesens beseitigt werden.

Insbesondere soll die regionale Vernetzung von Gesundheits- und Sozialdiensten durch Strukturmittel gefördert werden, um einen verstärkten Anreiz zur Sicherstellung einer kontinuierlichen Betreuungskette (Entlassungsmanagement, Fallmanagement etc.) zu setzen.

Die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen hat dem Nationalrat über die Ergebnisse dieser Beratungen bis Ende des Jahres 2005 zu berichten.“

Zuweisungsvorschlag: Gesundheitsausschuss